

Solidarität



Organ des Verbandes der gewerkschaftlichen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die zespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 24 • 36. Jahrgang

Berlin, den 14. Juni 1930

Zur Überwindung der Wirtschaftskrise

In den letzten Wochen haben zwischen einer Gruppe von Unternehmern und Vertretern der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften vertrauliche Besprechungen stattgefunden, über die in der bürgerlichen Presse eine große Anzahl von irreführenden und tendenziösen Berichten veröffentlicht worden sind. Unter den Überschriften „Wieder Arbeitsgemeinschaft?“ — „Eine Arbeitsgemeinschaft zur Wirtschaftsbelebung?“ — „Die Idee einer neuen Arbeitsgemeinschaft?“ — „Gemeinschaftliche Arbeit der Wirtschaftsverbände?“ — oder gar „Hindenburg für Lohnabbau“ sind diese durchaus unverbindlichen Beratungen in den ersten Schritt zum Aufbau einer neuen Arbeitsgemeinschaft ungeschickt worden. Der Gedanke einer Arbeitsgemeinschaft wurde bei diesen Verhandlungen von beiden Seiten von vornherein ausgeschlossen. Die freien Gewerkschaften würden sich, wenn von irgendeiner Seite dieser Gedanke ihnen nahegelegt würde, unter keinen Umständen darauf einlassen, diese längst der Vergangenheit angehörige Institution wieder zu beleben. Der Grund für diese ablehnende Haltung liegt auf der Hand. Sie haben es nicht nötig, mit diesen unzulänglichen Mitteln sich ihren Einfluß auf die Wirtschaftsgestaltung zu sichern.

Genau so abwegig wie die Behauptung, daß die Frage der Arbeitsgemeinschaft bei diesen Beratungen eine Rolle gespielt habe, ist die andere in der bürgerlichen Presse wiederholte Meinung, daß der Deynhäuser Schiedsspruch, der ein Opfer der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Eisenindustrie zur Ermöglichung einer Kosten- und Preislenkung vorsehe, der praktische Ausgangspunkt dieser Beratungen gewesen sei. Von dem Deynhäuser Schiedsspruch ist in den gepflogenen Verhandlungen überhaupt nicht gesprochen worden.

Es kam zu den Verhandlungen auf Initiative einer Gruppe von Unternehmern, die angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise und der überaus schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt anregten, in gemeinsamen Besprechungen einen Weg zu suchen, der einerseits die ausreichende Versorgung der Arbeitslosen eindeutig sicherstelle, andererseits durch Überwindung der Vertrauenskrise zu einer Anfurbehlung der Wirtschaft führen könne. Die Vertreter der Unternehmer bekannten sich zu dem Gedanken, daß der Festbetrag der Arbeitslosenversicherung gebildet werden müsse, und zwar basierten sie daran, daß die Angestellten der Wirtschaft, und zwar auch die leitenden Angestellten bis hin zu den Generaldirektoren, für das laufende Etatjahr von ihrem nicht versicherungspflichtigen Einkommen einen Beitrag bis zur Höhe von 4½ Proz. zahlen sollten. Die Gewerkschaften vertraten demgegenüber die Auffassung, daß dieser Hilfsbeitrag sich nicht nur auf die Angestellten der Wirtschaft beschränken dürfe, daß vielmehr alle von der Arbeitslosenversicherung nicht erfaßten Berufskreise diesen Beitrag leisten sollten. Sie waren der Meinung, daß dieses allgemeine Notopfer der von der Arbeitslosigkeit nicht betroffenen und in geistlicher Existenz befindlichen Schichten einen ersten und wirksamen Schritt zur Sanierung der Reichsfinanzen bedeuten würde. Die Sanierung der Reichsfinanzen erschien ihnen aber als eine unausweichliche Vorbedingung für die Besserung der Wirtschaftslage.

Von Unternehmerseite wurde darüber hinaus angeregt, die Ursachen der Arbeitslosigkeit in den Kreis der Beratungen einzubeziehen. Dabei war man sich auf beiden Seiten darüber klar, daß die Wirtschaft unter allen Umständen zu einer Senkung des Preisniveaus kommen müsse. Zur Debatte stand also eine Senkung der Produktionskosten zur Belebung des Absatzes. Gegenüber der von den Unternehmern vertretenen Anschauung, daß die Senkung der Preise auch eine Anpassung der Löhne einschließen müsse, vertraten die Gewerkschaften die Auffassung, daß insbesondere der viel zu hohen Preisspanne im Handel und den übersteigerten Kartellpreisen energig gegengetreten werden müsse,

daß unter keinen Umständen der Senkung der Herstellungskosten eine Schwächung der Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung parallel gehen dürfe, daß vielmehr die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung in der Folge gehoben werden müsse, da anderenfalls die wirtschaftliche Situation genau dieselbe sein würde wie vorher. Eine Unterjochung der Arbeitslosigkeit und eine Brüderung der Wege, die aus der jetzigen Situation hinausführen, halten auch sie für wünschenswert.

Im Laufe der Besprechungen wurde es von beiden Seiten, für den Fall, daß es gelänge, eine gemeinsame Formel zu finden, für zweckmäßig gehalten, daß der Erfolg der Aktion in der Autorität des Reichspräsidenten eine Stütze fände. Die gemeinsame Formel müßte selbstverständlich dem von den Gewerkschaften vertretenen Standpunkt eindeutig Rechnung tragen. Bekanntlich ist eine Einigung bisher nicht zustande gekommen, da auf der gemeinsamen Ausschüßung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die am 3. Juni abgehalten worden ist, eine Einigung der Unternehmer nicht erzielt werden konnte. Infolgedessen wurde auch davon Abstand genommen, sich an den Reichspräsidenten zu wenden. Ob und wann die Verhandlungen wieder aufgenommen werden, ist im Augenblick nicht zu übersehen.

Was hemmt die Jugendbewegung in unserem Verband?

Die Sorge um die geistige Verfassung unseres beruflichen Nachwuchses ist so alt, wie die Organisation selbst. Es werden darum die mannigfaltigsten Anstrengungen gemacht, die Jugend gewerkschaftlich heranzubilden. In vielen Orten sind Jugendgruppen geschaffen worden. Keine Mühe wird gescheut, Kraft und Zeit wird in liebevoller Arbeit vertan, aber alles ohne befriedigenden Erfolg. Einzelne Personen bilden sich wohl in den Gruppen heran, aber Jugendbewegung dürfte wohl kaum eine. Zahlstelle aufweisen. Führer werden gewechselt, viele Dinge versucht, aber das Resultat ist negativ.

Auf der andern Seite sehen wir in Hilfsverbänden gute Erfolge. Eine Zahlstelle des Buchbinderverbandes muß ihre Jugendgruppe teilen, und den Fortgang der Arbeit am Jugendlichen zu gewährleisten. Im selben Ort kann die Jugendgruppe unseres Verbandes nicht leben und nicht sterben. Viele unserer Jugendlichen befinden sich in politischen oder anderen nicht-gewerkschaftlichen Jugendgruppen, Zündfiferenz kann es also nicht sein, die unsere Jugendarbeit hemmt.

Es erscheint notwendig, zunächst einmal die Unterschiede zwischen der SAJ. und der FGJ. aufzuweisen. Ein Unterschied liegt in der Organisationsform. Die SAJ. ist eine Wohnviertel-Organisation. Die Mitglieder der Gruppen kennen einander schon lange. Sie wohnen in einem Häuserblock, besuchen die gleiche Schule, oft sind sie Klassenfreunde. In manden Gruppen sind ein Teil der Mitglieder schon Freunde vom Kinderspielplatz her. Das Zusammentreffen oder besser gesagt Zusammenbleiben nach gemeinsam erlebter Schulzeit in einer Wohnbezirksorganisation der Jugend ist das Natürlichste der Welt. Es ist das Bewegen im selben Kreis von Menschen und entspricht dem Beharrungsvermögen derjenigen, denen die fremde Welt nur ganz selten freundlich gegenübersteht. Nicht außer acht zu

lassen ist auch der gemeinsame Weg zu den Veranstaltungen und zurück. Die SAJ. kann allen, die ihr Programm anerkennen wollen, eine Heimstatt sein. Ihr Dienst ist Dienst am allgemeinen Leben der Jugend, keine spezifische Sonderaufgabe, engt ihren Boden, auf dem sie pflügt, ein; jeder, der guten Willens ist, kann bei ihr sein.

Die FGJ. ist, wie die Gewerkschaften, nach den Gesichtspunkten organisiert, die für den Wirtschaftskampf am zweckmäßigsten sind. Das ist die erste Hemmung für die Jugendarbeit im herkömmlichen Sinne. Der junge Kollege, die junge Kollegin tritt in der FGJ. kaum einen Bekannten. Es sind zwar alle Schicksalsgefährten, aber in den allerersten Fällen Lebensgefährten. Die Gewerkschaft als zweckbetonte Organisation fehlt im Bereich mit ihren Anhängern manches voraus, vor allem ein starkes Klassengefühl, aber auch geistige Qualitäten und Fähigkeit. Die Auseinandersetzung mit dem Gegner findet täglich statt, es gibt kein Ausweichen. Mit überfließendem Gefühl und einigen Schlagworten vom sichern Port ist hier nichts getan. In den Grenzen der geschlossenen Verbände auf dem feststehenden Boden der Rechts- und Machtverhältnisse spielen sich die Diskussionen ab. Keine Flucht in den Himmel der Philosophie und Abstraktion ist möglich. Und so ist es auch verständlich, daß wenige aus dem inneren Orange zu uns kommen.

Der junge Kollege befindet sich in der Regel noch bei der Familie. Ihr Los ist sein Los. Die Stöße der Klassengegner werden von der Familie abgefangen oder ihre Wirkung herabgesetzt. Der Jugendliche muß noch nicht allein die letzten Konsequenzen der Auseinandersetzungen des Kampfes tragen. Die äußeren Anlässe zur gewerkschaftlichen Organisation sind für den Jugendlichen demgemäß stark herabgesetzt.

In den FGJ.-Lehrgruppen können wir nun feststellen, daß die Fachabende sehr gut, die Heimabende weniger gut besucht sind. Je mehr die Auszubildenden in Schule und Betrieb im argen liegen, um so fester schließen sich die Lehrlinge ihren Fachgruppen an. So daß es mir scheint, als wenn zwei Dinge wesentlich sind, nämlich 1. Veranlassungen einer allgemeinen Natur müssen auf einen Personenkreis zurückgreifen, der in dieser Hinsicht schon Bindungen aufzuweisen hat. Als Ort der Veranstaltung kommt der Wohnbezirk in Frage; 2. die FGJ.-Gruppen müssen soweit als möglich den Forderungen nach ergänzender Berufsausbildung entgegenkommen. Da beide Bedingungen nun bei den ungelerten Berufen nicht zutreffen, indem bezirksweise Veranstaltungen sowie Bindungen nicht geschaffen wurden, auch sachliche oder berufliche Förderung nicht gegeben werden konnte, so blieb die Jugend immer ein Schmerzenskind unserer Organisation. Der ungelernete Jugendliche hängt auch nicht so an seinem Beruf, demzufolge auch nicht an seinem Verband. In ihm ist der Gedanke des Berufswechsels wach, der noch dadurch geweckt wird, daß unsere Jugendlichen nicht vom Fa d arbeitsnachweis kontrolliert und vermittelt werden, sondern durch den allgemeinen arbeitsnachweis. Erst wenn er zum angeleiteten Arbeiter wird, kommt das Gefühl der Verbundenheit. Wir können dies ja auch in der Hinsicht feststellen, daß die beruflich qualifizierten Sparten unseres Verbandes auch in gewerkschaftlicher Hinsicht gleichartige Abstufungen zeigen.

Die Verbände der Hilfsarbeiter können aber nicht auf gewerkschaftliche Erziehung der Jugend verzichten (auch die Hilfsverbände sind daran stark interessiert). Es gilt darum die Folgerungen aus den angeführten Tatsachen zu ziehen.

Und hier möchte ich vorschlagen, daß die gewerkschaftliche Bildung der Jugend im Wohnbezirk gemeinsam durchgeführt wird von allen Verbänden, die spezielle und sachliche Bildung aber durch den einzelnen Verband.

**Denkt an die
Arbeitslosen
Vermeidet Überstunden!**

R. Gr.

Das Einmaleins der Gewinn- verschleierung

In Nr. 41 der „Zeitschrift“ (Organ der Buchdruck-
unternehmer) wird eine kürzlich erschienene Broschüre
über Selbstkostenberechnung in Buchdruckereien ausführ-
licher Kritik unterzogen. Diese Kritik bringt an einer
Stelle eine Auffassung zum Ausdruck, die man un-
bedenklich als die Grundlage moderner Gewinn-
verschleierung bezeichnen darf.

Der Verfasser der kritisierten Broschüre zieht unter
anderem die Folgerung, daß sich die Abschreibungen,
soweit sie in die Selbstkosten eingerechnet werden, „ganz
nach den Bedürfnissen und — was natürlich das Wichti-
gste ist — nach der Leistungsfähigkeit des Betriebes“
zu richten haben. Wir lassen dahingestellt sein, ob das
richtig ist. Der Kritiker der „Zeitschrift“ verwirft diese
Folgerung mit der interessanten Begründung:

Danach wären also weniger leistungsfähige Betriebe
berechtigt, ohne Schaden niedrigere oder keine „Erneu-
erungskünnen“ in ihre Selbstkosten einzurechnen. Das
bedeutet natürlich vom betriebswirtschaftlichen Stand-
punkt aus einen großen Verlust gegen den Auf-
bau von Selbstkostenberechnungen.

Worüber sich namentlich die Broschüre nicht klar aus-
spricht, das ist der allgemeine gebräuchliche Unterschied
zwischen den Abschreibungen, die der Substanzerhaltung
wegen eingeleistet werden müssen, und den Rückstellungen
für künftige Betriebsveränderungen, die in die Selbstkosten
eingerechnet werden können, wenn sie es vertragen.

Dazu sei festgestellt: es ist ein Widerspruch, in einem
Kleingewinn von Rückstellungen für künftige Betriebs-
erweiterungen und Selbstkosten zu sprechen. Soweit die
abzuschreibenden Anlagewerte in Frage kommen,
endigen die Selbstkosten bei der Substanzerhaltung.
Was darüber hinausgeht, ist in jedem Einzelfalle zu-
nächst Kleingewinn, gleichviel, ob sich dieser Kleingewinn
im Laufe der Bilanzperiode wieder aufhebt, ob er zur
Verleibung oder zur Anlage gelangt. Freilich bleibt es
jedoch in der Bilanz ohne Verschleierung in irgendeiner
Form als das zu erscheinen, was sie sind. Nach Füllen,
in denen das geschieht, wird man suchen müssen. Fast
immer sind derartige Rückstellungen für Betriebs-
erweiterungen am Schluß der Bilanzperiode
bereits derart in die Anlagelosten hineingemengt
worden, daß nach außen hin die Grenzen der Substan-
zerhaltung scheinbar nicht überschritten sind. Der End-
effekt besteht darin, daß sich der reale Wert der Betriebe
um ein Vielfaches vermehrt hat, während gleichzeitig
laut Bilanz keine dieser Überschüsse zu verzeichnen gewesen
sind.

Man wird einwenden, darin brauche nicht unbedingt
die Konsequenz der Verwechslung von Rückstellungen
für Betriebsveränderungen und Selbstkosten bestehen.
Das ist formal richtig. In aller Regel ist dieser „Fehl-
er“ jedoch der Anfang. Er findet seine Fortsetzung in
einer langen Reihe von Buchungen und endigt in der
überschuldeten Bilanz. Es ist dieselbe Geisteszustand,
die zunächst Kleingewinne am Eingelaufrag als Selbst-
kosten bezeichnet und späterhin behauptet, es wäre nichts
verdient worden, trotzdem an Stelle alter Klappert-
taisten moderne Schnellpressen, an Stelle alter Baracken
moderne Betonbauten aufgerichtet worden sind.

Vergessen wir nicht die lohnpolitische Seite der An-
gelegenheit. D. S.

Das Kind

Das Leben der Kinder ist heute oft so hart, ohne
Schönheit. In das Weiße des kindlichen Gemütes prägt
sich die Not. Das kindliche Verlangen nach Wärme und
Liebe findet wenig Befriedigung. Das Bedürfnis des
Kindes nach beschaulichem Reizen hat in dem Hasten
unserer Tage keine Stätte.

Entwurzelt ist heute das Kind. Es lebt in einer
Welt, die dem kindlichen Wesen zuwider. Wir wollen
uns nicht täuschen lassen, wenn wir die Kinder da auf
Hof und Straße ansehend munter sehen. Das Spielen
auf staubigen Höfen ist nur Ersatz für frohes Spiel. Das
Lachen unseres Kindes ist nur ein Ersatz für echtes,
reines, sorgenfreies Lachen, wie es nur in einer schönen
und frohen und lachenden Umwelt möglich ist.

Unser Leben mit seinen Sorgen und seiner Ent-
behrung des vollen Schönen mißbildet zu Ernst, zu dem
falschen Ernst, der nicht Freier ist, sondern Traurigkeit.

Das Kind soll leben, wie es in seinem eigen-
tlichen Wesen ist! So rein und so froh. So liebend und
so vertrauensvoll. So voll Glauben an das Schöne und
Gute.

Wie wäre die Welt, wenn diese wunderbaren Kindes-
werte nicht heute verkümmerten! Ein Kind immer der
Mensch. Innerlich groß und tief. Aber da senkt sich der
Dunst des Alltags auf diese Menschenblüte.

Lacht Fröhlichkeit und Sonne werden, daß das Kind zu
dem schönen Menschen hinaufsteigen kann, dessen Wesen
es trägt in seiner kindlichen Seele!

Dr. Gustav Hoffmann.

Die Abstammung der führenden Zeitgenossen

Eine Statistik des sozialen Aufstiegs

Nach dem Kriege war das Wort „Freie Bahn dem
Tüchtigen“ in aller Munde. Weil die herrschenden
Schichten Deutschlands so gründlich abgewirtschaftet
hatten, glaubte man die Zeit gekommen zu sehen, da
aus den jungen, unverbrauchten Kräften des Volkes das
Material der führenden Männer der Zukunft heraus-
geholt werden müßte. Jeder unbefangene Beobachter
weiß, daß die Hoffnungen jener Sturm- und Drang-
periode nur in ganz geringem Maße in Erfüllung ge-
gangen sind. Darüber belehrt eine statistische Unter-
suchung, die das Statistische Reichsamts in Nr. 9 der
Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlicht.

Rund 11 000 führende Zeitgenossen wurden erfaßt.
Es wurden drei große Gruppen gebildet, um eine Über-
sicht zu erhalten. Zur Gruppe A gehören: Öffentliche
Beamte und Lehrer mit akademischer Vorbildung, Ärzte,
Apotheker, Rechtsanwälte, Offiziere, Gelehrte und Hoch-
schullehrer, Schriftsteller, Journalisten, Künstler, Kom-
ponisten, Schauspieler, Ingenieure, Techniker, Architek-
ten usw. Dies ist die sogenannte geistige Oberschicht.
Die Gruppe B umfaßt: Großindustrielle, Großhändler,
Berleger, Bankiers und Hoteliers, Direktoren und
Rentiere (wirtschaftliche Oberschicht). Die Gruppe C
umfaßt die unteren Schichten: mittlere und untere
Beamte, Lehrer, Landwirte, Handwerksmeister, Handels-
treibende, Angestellte, Militärpersonen, Arbeiter, Ge-
sellen, Tagelöhner usw. Diese Schichtung ist sehr grob
vorgenommen worden. Doch da die Arbeiter besonders
aufgeführt sind, ist ein Einblick möglich.

Gehen wir nunmehr die einzelnen Berufsarten der
führenden Zeitgenossen durch, so sehen wir, daß bei den
Beamten mit akademischer Vorbildung 79 Prozent den
Oberschichten und 0,7 Prozent der Arbeiterschaft ent-
stammt. Bei den Lehrern mit akademischer Bildung
stellen die Oberschichten 54 Prozent. Die Geistlichen ent-
stammen zu 38 Prozent den mittleren und unteren
Schichten, 3,8 Prozent derselben kommen aus der Ar-
beiterschaft. 76 Prozent der Ärzte aller Gattungen ent-
stammen den oberen Schichten und 2 Prozent der
Arbeiterschaft. Die Rechtsanwälte kommen zu 87 Pro-
zent aus den Oberschichten, kein Rechtsanwalt hat einen
Arbeiter zum Vater. Die oberen Schichten sind bei den
Offizieren mit 95 und die Arbeiterschaft mit 0,1 Prozent
vertreten. Bei den Gelehrten und Hochschullehrern
stellen die oberen Schichten 73, die mittleren und un-
teren Schichten 17 und die Arbeiterschaft 0,7 Prozent.
Das Rekrutierungsgebiet der Dichter, Schriftsteller und
Journalisten ist zu 34 Prozent die Gruppe C; aus der
Arbeiterschaft entstammen 2,2 Prozent. Auch die Kom-
ponisten, Schauspieler usw. entstammen zum übergroßen
Teil den Oberschichten. Zu den technischen Berufen
(Ingenieure usw.) steuert die Gruppe C 34 und die Ar-
beiterschaft 3,2 Prozent bei. Naturgemäß entstammen
die Großindustriellen zum übergroßen Teil (85 Prozent)
den Oberschichten. Mit 71 Prozent ist allein die wirt-
schaftliche Oberschicht vertreten. Ungefähr das gleiche
Verhältnis ist bei der Gruppe Großhändler, Bankiers
usw. zu verzeichnen. Von 165 Großindustriellen ent-
stammen 4 (2,5 Prozent) und von 247 Großhändlern
und Bankiers 5 (2 Prozent) der Arbeiterschaft. Die
Direktoren und leitenden Angestellten kommen mit
76 Prozent aus den Oberschichten. Die wirtschaftliche
und diplomatische Interessenvertretung wird von
Leuten ausgeübt, die nur zu 22 Prozent den mittleren
und unteren Schichten entstammen. 4,8 Prozent sind
Abstammlinge der Arbeiterschaft. Anders ist das Ver-
hältnis bei den Politikern. Hier entstammen 72 Prozent
der untersten Gruppe und 20,3 Prozent der Arbeiterschaft.
Das ist das einzige Feld, wo sich die arbeitenden
Schichten heranzuarbeiten vermochten. Wenn man die
Berufsarten betrachtet, wo die Söhne den Vätern
folgen, so tritt dies am stärksten hervor bei den Offi-
zieren (54,4 Prozent), Großindustriellen (55,8 Prozent),
Großhändlern, Bankiers usw. (49,4 Prozent), Groß-
grundbesitzern (77,8 Prozent), Geistlichen (28 Prozent),
höheren Beamten (25,1 Prozent) usw.

Insgesamt zeigt die Untersuchung, daß die Demo-
kratisierung des öffentlichen Lebens
noch in den Kinderschuhen steckt. Von der Demokrati-
sierung der Wirtschaft erst gar nicht zu reden. Nach dem
ersten Schreck haben die bestehenden Schichten es vor-
zuziehen, sich in ihrer alten Position wieder
festzusetzen. Es hat also wenig genutzt, daß die Demo-
kratie in ihrer weitgehendsten Form bei allen politischen
Körperschaften zur Durchführung gelangte. Letzten
Endes liegen die Schalthelme des öffentlichen Lebens
bei den ausführenden Personen. Es wird noch unend-
liche Mühe kosten und lange Zeit in Anspruch nehmen,
ehe das gesamte öffentliche Leben Deutschlands von
demokratischem Geist durchdrungen ist. Die Gewerkschaften
stellen einen wichtigen Vorposten in diesem Kampf
um die Demokratisierung der Wirtschaft und des öffent-
lichen Lebens.

Die Frau und der Sozialismus

Vor mehr als 50 Jahren, im Jahre 1879, gab August
Bebel, der ehemalige Drehschleifer, ein Buch heraus,
das weit über die Grenzen des Deutschen Reiches hinaus
Aufsehen erregte und Anerkennung fand, aber auch
wohl ebensosehr angefeindet wurde. Es ist das Buch:
„Die Frau und der Sozialismus“, mit dem Bebel der
arbeitenden Frau zu ihrem Befreiungskampfe die
Wege ebnete, mit dem er der Frau zu den Rechten ver-
half, die ihr auf Grund alter Anschauungen und Jahr-
hunderte alter, wenn nicht gar Jahrtausende alter Ge-
wohnheiten der Männer verweigert waren. Dieses Buch ist
das Hofelied auf die Gleichberechtigung der Frau dem
Manne gegenüber, und es ist kein Wunder, wenn
dieses Buch eine Phalanx von Streitern aus dem
Lager der um ihre Vorrechte hangenden Männer fand,
die mit den tabuscheinigsten Gründen dagegen zu Felde
zogen. Denn nicht nur bei den proletarischen Frauen
erregte dieses Buch Aufsehen; vielmehr wurde es noch
weit mehr und zunächst wirkungsvoller von den bürger-
lichen Frauen gelesen, die ja auch unter der Fuchsel-
mächtigen Diktatur und Gesetzgebung zu leiden hatten,
denen Schulen und Ämter und viele Berufe verschlossen
waren, die auszufüllen die Frauen sehr wohl in der
Lage sind.

Man versuchte in wissenschaftlichen Kreisen nach-
zuweisen, daß Bebel's Buch durch und durch unwissen-
schaftlich sei. Dabei muß man aber bedenken, daß vor
fünfzig Jahren die Wissenschaft als etwas Unantast-
bares galt, daß jeder, der gegen eine wissenschaftliche
Größe auftrat, ohne selbst abgestempelte Autorität zu
haben, versem und in jenen Kreisen geächtet wurde.
Und da kommt so ein ehemaliger Drehschleifer und
führt den Herrschaften in die Parade, verlangt die
Gleichberechtigung der Frau in allen Ständen. Freuen
muß man sich darüber, daß dieses Buch Bebel's einen
so durchschlagenden Erfolg hatte, daß im Jahre 1895
bereits die 25. Auflage erschien, in deren Vorrede Bebel
schreiben konnte: „Zahlreiche Zuschriften, namentlich
von Frauen aus den verschiedensten Gesellschaftsschichten,
zeigten mir, wie es insbesondere in der Frauenwelt
gewirkt hat und die wärmste Aufnahme fand. Charak-
teristisch ist ferner, daß der weitaus größte Teil der
Aufgaben, die seit Aufhebung des Sozialistengesetzes
(1890) erschienen sind, in den bürgerlichen Ver-
breitung fand.“

Bebel berichtet ferner, daß sein Buch zweimal ins
Englische übersetzt wurde (London und New York),
dann ins Französische, Italienische, Schwedische, Dä-
nische, Polnische, Flämische, Griechische, Bulgarische,
Rumanische, Ungarische und Tschechische. Das war 1895,
und seit den vergangenen dreißig Jahren sind noch
einige andere Sprachen hinzugekommen, und die fünf-
zigste Auflage ist seit langem überschritten. Daß der
Verlag J. F. W. Dietz in Berlin jetzt dazu überging,
anlässlich des fünfzigjährigen Jubiläums dieses Buches
eine Neuausgabe mit einem Vorwort von Eduard Bern-
stein herauszubringen, beweist wohl am allerbesten,
daß dieses Buch Bebel's noch nichts an Zugkraft ein-
gebüßt hat; denn wir sind heute noch sehr entfernt
von dem großen Ideal der Verwirklichung seiner
Lehren. Zwar ist manches besser geworden für unsere
Frauen und Mädchen, aber noch viele Hemmnisse und
Vorurteile sind zu beseitigen. Bebel aber hatte sein
Buch geschrieben für die Frauen aller Nationen, für
die Frau an sich; und gerade deshalb ist es gut, wenn
man von Deutschland aus einmal Ausschau hält nach
andern Ländern hin, wo den Frauen weniger, und nur
in vereinzelten Fällen mehr Rechte zustehen als bei
uns. Noch nicht gar so sehr lange ist es her, daß die
türkischen Frauen sich emanzipierten, daß sie endlich des
Tuches mißde wurden, das ihre Schönheit verdeckte, das
ihre Schönheit nur für den Gatten und Herrn auf-
bewahrte. „Der Mann ist der eigentliche Mensch, der
Gebiet der Frau“, schreibt Bebel; „mit diesen An-
schauungen Platos und der Juden stimmt der größte
Teil der Männerwelt überein.“

Ganz trag zeigt sich diese Auffassung in dem uns so
sehr fernem Indien, über das vor ein paar Jahren die
amerikanische Journalistin Miss Mayos graufige Dinge
schrieb, worüber Wolfgang von Weiss in einer Berliner
Zeitung berichtete, daß Miss Mayos flammende An-
klagen gegen die Tyrannei der indischen Männerwelt
richtete, die kleine Kinder in die Ehe zwängen, Kinder
von elf, zwölf und vierzehn Jahren, zu Hunderttausen-
den, Jahr um Jahr. Natürlich erregte dieses Buch der
amerikanischen Miss nicht nur die Öffentlichkeit in
Amerika, sondern auch in Indien und in England war
man peinlich überrascht. Die Indier versuchten an Hand
amerikanischer Statistiken zu beweisen, daß auch in
Amerika zahlreiche Mädchen von zwölf bis vierzehn
Jahren schon Geschlechtsverkehr pflegten. Das war
natürlich eine sehr schwache Abwehr. Tatsache ist jeden-
falls, daß das indische Mädchen, das Kind, dem fremden
Manne als Gattin gegeben wird, ob es will oder nicht;
ob es ihn haßt oder vor ihm in grauenerregender Furcht

zittert, das spielt für die Eltern keine Rolle; sie bestimmen über das Mädchen, und nach der Eheschließung der indische Mann.

Gewiß: andere Länder, andere Sitten, und das trifft ganz besonders auf Indien zu, wo man über Dinge, die man bei uns „unanständig“ nennt, die man sich aber gern ins Ohr sagt oder sagen läßt, ganz anders urteilt als wir. Treffende Belege dafür findet man in dem Buche von Hanns Heinz Ewers: „Indien und ich.“ Der Tempel des Königs von Nepal in Benares und das Zügelbad des Abdul Naffar in Delhi sind solche Zeugnisse anderer Sitten. Alles ist heilig in dieser Stadt Benares, alles ist göttlich und genießt göttliche Ehren“, schreibt Ewers. „Aber heiliger ist nichts als der Lingam, des furchtbaren Gottes Schima schwarzer Phallus. Und hier, auf dem Wege zu des Königs von Nepal obzödem Tempel, ragt überall der steinerne Lingam auf, glänzend, mit geschmolzener Butter bestrichen von den Gläubigen... Frauen kommen, streuen Blumen und spritzen geschmolzene Butter, beten eifrig im Staube vor diesen Bildern und vor den schwarzen Lingams.“

Andererseits aber wird uns immer wieder versichert, daß Indien das Land der großen Weisheit sei. Indische Fakire erscheinen uns als die Allwissenden. Die indische Kultur wird als hochstehend und uralt gepriesen. Es fehlen uns die Begriffe für solche Widersprüche nach europäischer Ansicht. Und doch hören wir auch wieder, daß auch die indische Frau erwacht, daß es auch dort so etwas wie eine Frauenbewegung gibt...

Es wurde schon gesagt, daß auch bei uns noch nicht alles so ist, wie es sein sollte in bezug auf die Frau. Noch lange nicht sind die Forderungen alle erfüllt, die Bebel in dem Kapitel „Die Frau in der Zukunft“ erhoben hat: „Die Frau der neuen Gesellschaft steht dem Manne als Freie, Gleiche gegenüber, sie ist Herrin ihrer Geschicke... Sie genießt Studien, Vergnügungen und Unterhaltungen mit ihresgleichen oder mit Männern, wie es ihr beliebt und die Gelegenheit sich bietet. In der Liebeswahl ist sie gleich dem Manne frei und ungehindert; sie freit oder läßt sich freien... Daß die heutige Form der Ehe immer weniger ihrem Zweck entspricht, leugnet kein Denker mehr... Dieser Bund ist ein Privatvertrag ohne Dazwischen-treten irgendeines Funktionärs, wie die Ehe bis ins Mittelalter ein Privatvertrag war. Der Sozialismus schafft hier nichts Neues, er stellt nur auf höherer Kulturstufe und unter neuen gesellschaftlichen Formen wieder her, was auf primitiver Kulturstufe, und ehe das Privateigentum, die Gesellschaft, beherrschte, allgemein Geltung hatte.“ Heute wird überall, so viel von einer Reform des Eherechts gesprochen und geschrieben, aber getan wird nichts. Konserervative Regierungen der Gesehmacher lassen zu keinem durchgreifenden Entschluß kommen. Und wer macht die Gesetze, wer hat sie gemacht? Die Männer! A. G.

Mußte das sein?

Im Zeitalter der Millionen-Arbeitslosigkeit und täglicher Massenentlassungen ist uns das tiefere Mitleidempfinden am Einzelschicksal im Arbeitsleben fast verlorengegangen. Ist es nicht beinahe stillwüdrig, angeht des gigantischen Heeres ohne Arbeit vom harten Erleben einzelner zu berichten? Vergessen wir nicht, was das Einzelschicksal bedeutet! Denn nur dann vermögen wir das ungeheure, erschütternde Leid zu erkennen, welches über die arbeitende Klasse herein-gebrochen ist.

Das gewerbliche Unternehmerorgan läßt es sich angelegen sein, fast jeden Zusammenbruch einzelner Betriebe mit einer anklägerischen Betrachtung über das bedauernde Schicksal der betroffenen Betriebsinhaber zu verknüpfen. Niemand wird das beanstanden. Jede Vernichtung einer ehrlichen, wirtschaftlichen Existenz verdient tiefstes Bedauern. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die wirtschaftliche Existenz eines Arbeiters ebenso wertvoll ist wie die eines Unternehmers, wobei unser Mitleidempfinden naturgemäß in erster Linie dem Manne unserer Klasse gehört.

Unter Berücksichtigung dieser Gleichwertigkeit wirtschaftlicher Existenzen ist es uns unverständlich, daß man im Unternehmerlager fast durchgängig jede Achtung vor dem Schicksal einzelner Arbeiter vermissen läßt. Für diese Feststellung lassen sich Hunderte von Beispielen allein in unserem Gewerbe anführen. Aus verständlichen Gründen muß darauf verzichtet werden. Jedoch hat sich in diesen Tagen ein so ungemein tragischer Fall ereignet, daß es uns geradezu drängt, ihn der Kollegenschaft (vorläufig ohne Namensnennung der Beteiligten) zu schildern.

Ein älterer Kollege war bei einer kleinen, aber betrieblich sehr leistungsfähigen Firma fast 25 Jahre lang beschäftigt. Seine Arbeit hat er stets mit Fleiß und Sorgfalt zur Zufriedenheit des Betriebsinhabers ausgeführt. Als einzige Hilfskraft des Betriebes bestand seine hauptsächlichste Tätigkeit im Anlegen. Noch trennen ihn ein bis zwei Jahrzehnte von der Arbeitsunfähigkeit

des Greisenalters. Niemals hat er daran gezwweifelt, und immer ist er darin bestärkt worden, daß er eine Lebensstellung innehatte.

Nun ist er arbeitslos. Es ist kein Streit vorgefallen, der Betrieb ist gut beschäftigt. Im Gegenteil, der Betrieb ist zu gut beschäftigt. Eigentlich wäre die Einstellung einer weiteren Hilfskraft notwendig geworden. Das war für den „jungen Chef“ die Gelegenheit, seine kaufmännischen Qualitäten unter Beweis zu stellen. Er rechnete seinem in bezug auf Menschenbehandlung sonst anständigen Vater vor, daß die Anschaffung zweier Anlegeapparate vorteilhafter sei. Dadurch würde nicht nur die Einstellung einer weiteren Arbeitskraft vermieden, sondern die Entlassung der bereits vorhandenen Hilfskraft ermöglicht. Vielleicht unter dem Einfluß der allgemeinen herrschenden Rücksichtslosigkeit gegenüber sozialen Erwägungen ließ der „alte Chef“, der ein Menschenalter hindurch mit unserem Kollegen zusammen gearbeitet hatte, seinem tüchtigen Nachfolger freien Lauf. Das menschliche Unbegreifen seines Vaters scheint ihm nicht mehr zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Wäre durch die Weiterbeschäftigung seines alten Mitarbeiters seine und seiner Familie Existenz bedroht gewesen, würde manches, vielleicht alles zu entschuldigen sein. Das war jedoch in keiner Weise der Fall. Man hätte unseren Kollegen an einer Maschine weiterbeschäftigen und sich auf die Anschaffung eines Apparates beschränken können. Und wären selbst hier und da Pausen der Untätigkeit eingetreten, was durchaus nicht zu erwarten war, so hätte das für den Betrieb nicht die geringsten Schwierigkeiten bedeutet. Dagegen spricht nicht nur die bekannte Solidität der Firma, sondern auch untrügliche Symptome in der Lebenshaltung des Betriebsinhabers, vor allem aber seines gleichblütigen Beraters.

Unser Kollege aber ist arbeitslos. Er wird es bleiben. Wer die Verhältnisse in der Provinz kennt, wird wissen, daß ältere Kollegen überhaupt keine Aussicht haben, eine berufliche Stellung wieder zu bekommen. Bei unserem Kollegen tritt erschwerend hinzu, daß er mit einem körperlichen Fehler behaftet ist. Sein Schicksal ist vorauszusagen, es endigt beim Wohlfaßrisant. Wieder ist eine wirtschaftliche Existenz vernichtet. Möge das unseren Kollegen zu bedenken geben, wie fragwürdig heute der Begriff Lebensstellung geworden ist.

Und mögen die gewerblichen Unternehmer darüber nachdenken, weshalb unser Mitleidempfinden für ihr eigenes Schicksal allmählich erlöschen muß. Vieles, was heute geschieht, muß nicht sein. Vieles, was geschehen ist, kann noch wiedergutmacht werden.

Gemeinschaftsreklame und ihr Einfluß auf die gewerbliche Beschäftigung

Die sogenannte Gemeinschafts- oder Kollektoreklame hat in den letzten Jahren unerkennbare Fortschritte gemacht. In zunehmendem Umfange sind mehr oder minder umfassende Vereinigungen einzelner Wirtschaftsgruppen dazu übergegangen, den Absatz ihrer Erzeugnisse oder sonstigen Leistungen gemeinschaftlich zu propagieren.

„Deutsche, trinkt deutschen Wein!“, „An Zucker sparen, grundverteuert — —!“, „Bücher sind Freude!“, „Fische sind nahrhaft!“, „Kauft nur das deutsche Frisch-Ei!“ Solche und ähnliche Schlagzeilen begegnen uns allorters in den verschiedensten Formen der Reklame. Unzählige Plakate, Prospekte, Anzeigen usw. lassen jene Beeinflussung auf uns einströmen, durch die wir zum Kauf irgendwelcher Warenartungen oder zur Benutzung irgendwelcher Einrichtungen, nicht aber zum Kauf bei einer bestimmten Firma oder zur Benutzung einer bestimmten Einrichtung usw. veranlaßt werden sollen.

Gemeinschaftsreklame ist streng von individuellen oder Einzelreklame zu unterscheiden. So ist es z. B. keine Gemeinschaftsreklame, wenn ein Unternehmen, das den deutschen Bananenhandel fast völlig beherrscht, ohne Angabe einer bestimmten Firma den Genuß von Bananen empfiehlt. Dasselbe gilt für die allgemeine Propagierung der Kunststoffe oder der Indanthrenstoffe, die ja auch von Einzelunternehmen monopolartigen Charakters hergestellt werden. Erst Gemeinschaftsreklame liegt nur dann vor, wenn eine mehr oder minder große Anzahl einzelner, selbständiger Unternehmen die Reklame für ihre Erzeugnisse oder sonstigen Leistungen ohne Hinweis auf die besonderen Vorzüge der Erzeugnisse oder Leistungen eines Einzelunternehmens gemeinsam betreiben. Also wenn die Blumenhändler den Konsumenten gemeinsam sagen: „Laßt Blumen sprechen!“, oder wenn die Pensionsinhaber aus dem Taunus den Erholungsbedürftigen gemeinsam mit der Devise lauten: „Die schönen Taunusbäder!“ usw.

So alt wie die Gemeinschaftsreklame selbst ist die Frage, wie diese Form der Reklame auf die Beschäftigung des graphischen Gewerbes zurückwirkt. Zu dieser Frage gab in erster Linie die Befürchtung Anlaß, daß

durch die gemeinsame Reklame die weitaus umfangreichere Reklame der einzelnen Unternehmen erspart werden könnte, was ein empfindliches Zusammen-schrumpfen der gewerblichen Beschäftigung mit Reklamearbeiten zur Folge haben müßte. Diese Befürchtung schien nicht völlig unbegründet zu sein, namentlich, weil hier und dort seitens der Gruppen, die zur Gemeinschaftsreklame übergangen, in völliger Verkennung des Wesens dieser Form der Reklame als Ziel die Ausschaltung der individuellen Reklame proklamiert wurde. Die Erfahrungen haben zur Genüge bewiesen, daß diese Befürchtungen völlig unbegründet waren. Das Gegenteil dessen, was erst befürchtet wurde, ist eingetreten. Die Gemeinschaftsreklame hat dem Gewerbe neue Aufträge in erfreulichem Umfange zugeführt.

Gemeinschaftsreklame kann ihrem ganzen Wesen nach die individuelle Reklame nicht ersetzen. Wie jede Form der Reklame ist auch sie eine Waffe der Konkurrenz. Machen wir uns klar, welche hauptsächlichsten Konkurrenzbeziehungen in der Wirtschaft vorhanden sind. Zunächst konkurrieren Unternehmungen, die die gleichen Warenarten absetzen wollen; z. B. der Weinhändler mit dem Weinhändler, der Stoffhändler mit dem Stoffhändler usw. Sodann konkurrieren Unternehmungsgruppen mit Unternehmungsgruppen, die die gleichen Warenarten absetzen wollen; z. B. der Kolonialwarenhändlerverein gegen den gleichen Ort befindlichen Kolonialwarenhändlerverein B., oder die Bäckervereinigung des Taunus gegen die Bäckervereinigung des Harzes. Schließlich konkurrieren ganze Wirtschaftszweige miteinander; z. B. konkurriert der Film mit der Schaubühne, der Fischhandel mit dem Fleischhandel, der Buchhandel mit der Vergnügungsindustrie, die Dappelpapierindustrie mit der Dachziegelindustrie usw. In der Wirtschaft steht fast jeder Wirtschaftszweig mit jedem anderen in Konkurrenz. Beim Konsumenten liegt die Entscheidung darüber, ob er einen bestimmten Teil seines Geldes zur Anschaffung eines Sprechapparates oder eines Anzugs, zur Verbesserung seiner Nahrung oder seiner Wohnungseinrichtung, zur Anschaffung einer Bibliothek oder eines Motorrades verwenden will. Diese Konkurrenzbeziehungen sind realiter, d. h. sie sind da und rufen bestimmte Auswirkungen hervor, solange sie bestehen. Ihre Ursache ist der Profit, der am Auftrag klebt, seine Auswirkung der Kampf um den Auftrag, dessen Waffe die Reklame. Solange es selbständige Unternehmen gibt, sind sie daran interessiert, ihren Konkurrenten die Aufträge abzugeben. Aus diesem Grunde ist die Reklame der Einzelunternehmen gewissermaßen unsterblich, es sei denn, daß bessere Waffen für den Kampf um den Auftrag erdacht werden.

Geben die Einzelunternehmen ihre Selbständigkeit auf, in dem sie sich mit gleichen Unternehmen zu monopolartigen Gebilden zusammenschließen, so ist das ein besonderes Kapitel. Soweit diese Gebilde dann noch Reklame treiben, handelt es sich dabei nach wie vor um individuelle Reklame. Praktisch tritt ein völliger Fortfall der Reklame in solchen Fällen kaum in Erscheinung. Als Beweis dafür erinnern wir an die Reklame der Vereinigten Stahlwerke, der F. G. Farben oder des bereits erwähnten Bananentrakts. Meist wird der Umfang der Reklame aus Rationalisierungsgründen höchstens eingeschränkt, nicht aber gänzlich zum Verschwinden gebracht. Oftmals auch entsteht gerade durch monopolartigen Zusammenschluß neuer Bedarf an Reklame. Wer hat früher für den Genuß von Bananen Reklame gemacht? Höchstens die Kleinbändler mit selbstgeschriebenen „Plakaten“. Heute stoßen wir allorters auf die bekannten Plakate, die in den Druckereien hergestellt werden. Desgleichen ist es möglich, daß durch Zusammenschlüsse zwar der Umfang der Reklame gegenüber dem Zustand vor dem Zusammenschluß vermindert wird, daß andererseits aber dadurch der völlige Fortfall der Reklame verhindert wird. Das ist z. B. der Fall, wenn einige Theater, die sich vorher bekämpft haben und nun kaum noch die finanziellen Mittel für eine ausreichende Reklame erschießen können, sich zusammenschließen und die Reklame rationalisieren.

Die Gemeinschaftsreklame ist ein Kind der verschärften Wirtschaftslage. Man hat in der Nachkriegszeit schärfer erkannt, daß neben der Konkurrenz zwischen Unternehmen gleicher Erzeugnisse und sonstigen Leistungen die Konkurrenz ganzer Wirtschaftsgruppen und Wirtschaftszweige vorhanden ist. Für diese besondere Konkurrenz dient die Gemeinschaftsreklame als Spezialwaffe. Sie soll das Geld des Konsumenten lebendig in bestimmte Wirtschaftszweige, Wirtschaftsgruppen oder Wirtschaftszweige lenken, ohne daß dadurch innerhalb dieser Gruppen der Konkurrenzkampf von Unternehmen zu Unternehmen aufgehoben wird. Darin erschöpft sich Zweck und Wesen der Gemeinschaftsreklame, und darum kann sie die Reklame der Einzelunternehmen nicht ersetzen. Sie ist nur z u s ä m m e n g e r e c h t e t. Als zusätzliche Reklame führt sie dem Gewerbe neue Aufträge zu. Wir haben Ursache, jede Neuerfindung auf dem Gebiete der Gemeinschaftsreklame zu begrüßen. Es gäbe manchen Arbeitslosen mehr im Gewerbe, hätte die Gemeinschaftsreklame nicht Neubedarf hervorgerufen.

Selbst ist der Mann!

Ameritanische Skizze von Bodo W. Vogel.

Nachdem Ladrian Hammerput in der Waschanstalt, in der er volle 97 Tage die Trodenständer hatte hüten müssen, mit seinem Krepplendruck vor die Tür gesetzt worden war, entschloß er seinen Brownung und ging schnurstracks zum nächsten Stellenvermittlungsbüro, um einen neuen Posten zu finden.

"Was können Sie machen?" fragte ihn der Vermittler. "Oh, alles, was Sie wollen", warf sich Ladrian Hammerput in die Brust. "Lassjohleuberdn, Kartoffelschältn, Luftspinnung aus fahrendem Flugzeug, Autoreparaturen, Herbedschlachten; wie Sie es wünschen Sir ...", und er läppte den Revolver.

"Woll", nidte der Mann hinter dem Schaßter und blätterte in einem dicken Buche. Dann hob er den Kopf und sagte: "Nehmen Sie eine Stelle als Privatlehrer, Moßord?"

"Als was?" fragte Ladrian Hammerput, während er den Revolver auf den Tisch legte.

"Als Pri- -vat- -lehr- -rer!"

"Sooo, jelt habe ich verstanden. Also als Privatlehrer. Was ist denn das für ein Beruf, wenn ich fragen darf?"

"Ein Privatlehrer? Nun, das ist ein Herr, der einem jungen Manne Unterricht gibt. Zum Beispiel in der Landessprache, dann im Französischen, Deutschen, Lateinischen, Griechischen, in Geschichte, Geographie, Mathematik usw. kurz, ihm zum Univeritätsstudium vorbereitet."

Ladrian Hammerput konnte weder die Landessprache (mit Ausnahme der Revolver-Antonomie!), noch Französisch, Deutsch, Griechisch, Geschichte, Geographie, Mathematik usw. Aber er sagte sich mit Recht, daß ja der junge Mann wahrscheinlich ebenfalls nichts wußte. Darum ließ Ladrian entschlossen den Brownung in das Futteral und nahm die Stelle an: 30 Dollar im Monat, Familienanhang, das Recht auf die getragene Garderobe des Herrn; andere Nebeneinkünfte gar nicht zu erwähnen.

Meister Elvi Noßion war ein smarter Gentleman, dem die Aufgabe, daß der Vergott aus in USA, die Hühneraugen einzu sprechen läßt, drei Millionen für sein Adikal-mittel "Zarewell" und den Generaldirektorenposten des Zarewell-Konzerns eingetragen hatte. Herr Noßions Bestrebungen gipfelten in dem Blütenraum, seinen Sohn Billy mindestens auf den Thron des Präsidenten der USA zu schieben. Leider wurden nun diese hochfliegenden Pläne von dem jungen Manne nicht geteilt, der seinerseits keine geringeren Hoffnungen hegte, als demaleinst Fliegergewichts- Bogwellmeister zu werden.

Der Zarewell-Magnat bewohnte eine prunkvolle Villa in Boston, und dort führte Ladrian Hammerput den jungen Millionärssohn täglich von neun Uhr morgens bis sechs Uhr abends und auch noch später in die Anlaufgründe der Weisheit ein, von denen er am Tage vorher selbst noch nicht einen silbernen Schimmer hatte. Aber am vorausgehenden Abend arbeitete er die Kettionen in seiner Dachkammer durch, denn Ladrian Hammerput war ein gewissenhafter Mann, der sein Geld nicht auf unehrliche Weise verdienen wollte, wenn er es auf ehrliche haben konnte.

So ging das fünf Jahre lang. Damit war nun auch die Zeit gekommen, Billy den Examinatore vorzuführen, die ihn für das Univeritätsstudium reif befinden sollten. Da kam Ladrian auf einen nachfolgenden Abend. Er meldete sich ebenfalls zur Prüfung.

Und so geschah es dann, daß, während Billy Noßion glänzend durchfiel, Ladrian Hammerput von dem Prüfungsausschuß mit Note Ia als Student beglückwünscht wurde. Zwar mußte er noch am gleichen Tage das göttliche Haus des Zarewell-Magnaten fluchtartig verlassen, aber für die Zukunft brauchte er sich keine Sorgen zu machen. Ladrian Hammerput ist heute Direktor des Trinity College in Omaha (Nebraska!), USA. ...

Rundschau

Ausgegebenes Zeitungsverbot. Von dem nationalsozialistischen Innenminister Großbüdingen, Dr. Frick, wurde vor kurzem die "Eisenacher Volkszeitung" auf Grund des Republikgesetz-gesetzes für die Dauer von zwei Wochen verboten. Auf Einpruch von Redaktion und Verlag hob der dritte Straf-senat des Reichsgerichts das Verbot Fricks als unredigert wieder auf. Dem Verlag der "Eisenacher Volkszeitung" wurde der Reichsgerichtsbeschluß telegraphisch mitgeteilt. Mit der Aufhebung des Verbots ist selbstverständlich das letzte Wort in der Sache noch nicht gesprochen. Zunächst wird der thüringische Maginister für den der "Eisenacher Volks-zeitung" durch das rechtswidrige Verbot entstandenen Schaden persönlich haftbar zu machen sein.

Gemeinnütziger Heimstättenbetrieb Westerland auf SpIt! Im Jahre 1928 besuchten eine Anzahl Redaktionskollegen der Gewerkschaftspresse die Insel SpIt und das Nordseebad Westerland. Der darauf in der Gewerkschaftspresse erschienene Bericht schilderte die Schönheiten Westerlands und erkannte an, daß ein Erholungsanstalt auf SpIt etwas Erstrebenswertes auch für den deutschen Kopf- und Handarbeiter sei. Es wurde weiter gesagt: "Gelingt es der Arbeiterbewegung, den Lebensstandard der breiten Massen höher und höher zu heben, dann wird auch die Möglichkeit vorhanden sein, daß immer mehr Arbeiter, Angestellte und Beamte solche Erholungsstätten, wie die Insel SpIt, besuchen können. Unsere Freunde dortselbst werden ihrerseits alles tun, um auch bereits jetzt einen Besuch zu erträglichen Bedingungen zu ermöglichen." Das letztere hat sich die Arbeiterwohlfahrt Hamburg, die der Auffassung ist, daß es ihre Aufgabe sei, auch in der Richtung der Ferienbestrebungen für Erwachsene etwas zu tun, zur Notiz genommen und hat auf Westerland einen gemeinnützigen Heimstättenbetrieb geschaffen. Von der Erkenntnis ausgehend, daß auch die minderbemittelten Kreise Erholung und Ausspannung von notwendigster Arbeit in der Großstadt am Meer bedürfen, und daß ein Aufenthalt an der See die besten gesundheitlichen Erfolge zeitigt, gründeten bereits in der Vorkriegszeit unsere belgischen Genossen in Ostende, dem internationalen Luxusbad, eine Heimstätte zur Erholung für die Arbeitererschaft.

In Deutschland war bisher der Besuch unserer Nordsee-bäder nur den besitzenden Klassen vorbehalten. Weil aber der Lohn- und Gehaltsempfänger teilhaben soll an den Schön-heiten der eigenen Heimat, darum wird die Arbeiterwohlfahrt Gelegenheit nehmen, auch den nichtbesitzenden Volks-genossen die Möglichkeit zu geben, ihre Erholungs- und Ferientage fern vom Großstadtdreieck am Meer zu verbringen und zwar, was wichtig ist, zu erschwinglichen Preisen. Zu

Verbindung mit gleichgesinnten Freunden ist es gelungen, einen gemeinnützigen Heimstättenbetrieb in Westerland zu errichten, der allen Wünschen gerecht wird. Der Betrieb, "G. W." verfügt über ein "Landhaus" mit 25 Betten, fließendem Wasser in allen Räumen und schönem großen Garten. Die "Heimstätte" hat ebenfalls 25 Zimmer, ist gut und modern eingerichtet, und das Vereinshaus, ein gebiendes eingerichtetes Restaurant, bietet eine erstklassige Verpflegung, verbunden mit angenehmem Aufenthalt. Koncert und Tanzbälle geben allen denen, die Gelegenheit dazu finden, die Möglichkeit, in Gesellschaft mit Gleich-gesinnten freie Stunden zu verbringen. Das Haus führt gut-gepflegte Biere und Weine, alkoholfreie Getränke und Kaffee zu billigen Preisen. Warenlieferant ist der Konsumverein.

Der Aufenthalt in Westerland bietet zu jeder Jahreszeit Gelegenheit zum Baden, Lagern und Wandern am Strand und in den Dünen. Halbtages- und Tagesausflüge auf der Insel SpIt geben angenehme Unterredung. Durch den Eisenbahndienst ist Westerland von Hamburg in 4½ Stunden ohne Umsteigen zu erreichen. Die Fahrt durch das Wattenmeer bleibt eine unvergessliche Erinnerung. Alles Nähere über Westerland und die Insel SpIt sagt der große Badetatalog Westerlands, der allen Interessenten auf Wunsch gern zugestellt wird.

In dem Gemeinnützigen Heimstättenbetrieb Westerland kann jedem Wunsch entsprochen werden. Unterkunft mit Frühstück, mit voller Pension und Teilpension (Selbst-berkostigung) Betten von 1,50 M. bis 3 M., Frühstück, gut und reichlich, 1,50 M., volle Pension mit guter Verpflegung von 6 M. bis 8 M. Bei länger dauerndem Aufenthalt und für Familien sowie in der Vor- und Nachsaison besondere Abmachungen. (Ermäßigungen bis zu 33½ Proz. möglich.)

Den Bemühungen unserer Freunde in Westerland, die in Verbindung mit der Arbeiterwohlfahrt in Hamburg, die neben dem Heimstättenbetrieb ein mit allen sanitären Ein-richtungen versehenes Gesehungsheim für Kinder, das Dr. Roß-Kinderheim, in Westerland beßit, einen gemeinnützigen Verkehrsverein geschaffen haben, ist es fern-er gelungen, die Kurstage für Kinderbestimmte erschwinglich zu gestalten. Es sei besonders bemerkt, daß es sich nicht um einen sogenannten Anstalts- oder Heimbetrieb handelt. Ein jeder kann nach seinen eigenen Wünschen leben und sich je-ne Teilzeiteinteilung eigenem, frei von allen anstaltsmäßigen Be-stimmungen.

Wir empfehlen allen unseren Freunden, bei der Wahl ihres Ferienaufenthaltes an Westerland zu denken, und allen denen, die es ermöglichen können dorthin zu fahren; es wird keinen gereuen.

Nähere Auskunft erteilt die Verwaltung, Genosse Andreas Nielsen, Westerland auf SpIt, Gemeinnütziger Heimstätten-betrieb, Kirchweg, Telefon 270/108.

Wer bezahlt die Angestellten der christlichen Landarbeiter-bewegung? In der "Deutschen Wertsgemeinschaft" Nr. 20 werden Ausführungen zitiert, die in der nationalsozialistischen "Berliner Arbeiterzeitung" vom 4. Mai enthalten sind, und die die christliche Landarbeiterbewegung (Reichsverband ländlicher Arbeitnehmer) aus das schwerste belasten.

Nachdem in dem Bericht festgehalten wird, daß die christ-liche Landarbeiterbewegung in der Provinz Sachsen-Anhalt als Wertsgemeinschaft im Kampf gegen den sozial-demokratischen Deutschen Landarbeiter-Verband nutzbar gemacht werden sollte, heißt es wörtlich:

"Der Zentralverband der Landarbeiter (Das ist die frühere Bezeichnung für Reichsverband ländlicher Arbeit-nehmer. Die Reklamation) wurde ganz und gar von dem Willen der Arbeitgeber abhängig gemacht. Dies gelang durch folgende Maßnahme: 'Die Arbeitgebereite in der Provinz Sachsen und des Freistaates Anhalt hat sich entschlossen, für eine Anzahl von Gewerkschaftsvertretern das Gehalt zu zahlen.' Auf diese Weise wurden etwa 12 Sekretäre des JdV. auf Kosten der Arbeitgeber angestellt. Hiermit war der Einfluß der Arbeitgeber auf den JdV. gesichert, und sie konnten jederzeit auf "ihren" gekauften Verband rechnen."

In diesen Zeilen wird also die aufsehenerregende Behauptung aufgestellt, daß die landwirtschaftlichen Arbeit-geber 12 Sekretäre der christlichen Landarbeiterbewegung bezahlt und daß die Bewegung vollständig von Willen der Arbeitgeber abhängig gemacht wurde.

Wer eine derartige Behauptung aufstellt, muß über be-stimmtes Material verfügen. Will die nationalsozialistische "Berliner Arbeiterzeitung" erreichen, daß ihre Behauptung glaubt und ernst genommen wird, dann bleibt ihr nichts anderes übrig, als mit diesem Material herauszutreten. Wir begnügen uns bis dahin mit der bloßen Registrierung der Angelegenheit.

Literatur

G. E. C. K. v. H. v. P. L.: "Rechtsabteilungsrichts-Rechtsrechnung am arbeitsgerichtlichen Verfahren". 104 Seiten, Zeit. mit Schrift-und-Abdruck. Berlin, 1928. Verlagsgesellschaft des All-gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14. Anlei-träge G. Gebunden 2,50 M., kartoniert 2,75 M., Druckerleiungspreis: gebunden 2,50 M., kartoniert 2 M. Der Verfasser verfolgt mit dieser Schrift den Zweck, den mit vieler Mühe über-laufenen Gewerkschaftsrichtern wenigstens die Sorge um die Kenntnis der Verfahrensbestimmungen des Arbeitsgerichts-gesetzes und der Willkürregelung weitestgehend abzunehmen. Damit ist die Gewerkschaftsrichterei in einer, in hohem Maße wichtigeren anderen Angelegenheit, von allen Dingen aus der Kenntnis und Durchsetzung des materiellen Rechtes, wiewohl können. Anders als im materiellen Recht, wo arbeitsgerichtliche Er-fahrungen unbedingt erforderlich sind, genügt für den Gewerkschafts-richter in Verfahrenssachen schon die Kenntnis der Auf-fassung des Arbeitsgerichtsrechts, um danach zu handeln und auf diese Weise Fehler zu vermeiden. Ob die Arbeitsgerichts-entscheidungen zum Verfahrensrecht auch rechtlich einwand-frei sind, ist für den Gewerkschaftsrichter regelmäßig keine besonders grundlegende Sache. Man muß, a. W. nur wissen, wie und welche Art Klagen man führen kann, wie der Entlassungs-schluß aus dem Betriebsratgeleitungsverfahren durchgeführt ist, wie die Vermögensverhältnisse aus dem Betriebsrat-geleitungsverfahren zu ermitteln sind, wie die Prozess-verfahren zu handhaben ist, wie man Verfügungen der Dritte durchsetzen kann, welche Fristen man einhalten hat usw. Aber alle diese Zweifelsfragen liegen Entscheidungen des Arbeits-gerichts vor Augen, man hat sie in dem Verfahrensentwurf der Gerichte vermeiden. Die sämtlichen Arbeitsgerichts-entscheidungen zum arbeitsgerichtlichen Verfahren, die es über-haupt gibt, sind in der Reichweite verständlich worden. Es ist großer Wert darauf gelegt worden, die einzelnen Materien so durcharbeitet zu werden, wie sie dem Verfasser bekannt sind. Die einzelnen Abschnitte tragen Überschriften, die so gewählt sind, daß sie ebenfalls jeder Gewerkschaftsrichter ohne weiteres verstehen kann. Sie sind seinen Beobachtungen und seiner Erfahrung entsprechend. Auf jede juristische Formulierung ist verzichtet worden. Die Entscheidungen über das schiedsgerichtliche Verfahren und die Bescheide der Ministerien über die Ausschüsse für Verbringensverfahren sind besonders aufgenommen worden. Als besondere Empfehlung ist es schließlich in dieser Hinsicht zu erwähnen, daß ein in sich abgeschlossenes klares Bild entsteht. Die einzelnen Gewerkschaftsrichtern für Nicht- und Nichtgewerkschaftsrichtern sehr dringend zu empfehlen.

Dr. Erund Hahn: "Frauenarbeit und Internationales Arbeitstages". Schriftenreihe: "Internationale Sozialpolitik". Herausgeber: Willi Donau, 20 Seiten, Berlin 1928. Verlagsgesell-schaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Preis 20 Pf. Ergänzungspreis: 15 Pf. Die Verlags-gesellschaft des ADGB. veröffentlicht eine neue Schriftenreihe "Internationale Sozialpolitik", deren Ergeben aus der wachsenden Bedeutung der Internationalen Sozialpolitik und ihres Einflusses auf die Beschäftigung der verschiedenen Völker ausfließen werden. Das erste der erschienenen Hefte dieser Schriften-reihe behandelt die Frage "Frauenarbeit und Internationales Arbeitstages" und kommt aus der Feder der bekannten Sach-berichterin für Frauenfragen im ADGB, Gerund Hahn. In der Schrift werden sehr eingehend die Ursachen und Grundzüge für internationales Arbeiter-streit und Arbeitsstills und jetzt, von dem Verfall der Frauenver-arbeitung und der damit verbundenen Notwendigkeit einer be-sonderen Frauenpolitik, ausgehend, die Entwicklung der zentrali-sierten Arbeitstages und Empfindungen der internationalen Arbeitstageskonferenzen, soweit sie den Zusammenhang der Frauen, be-sondere der Mutterstufen, den Geschlechtsstufen, den Stufen der auszubildenden Frauen und die Verrichtung von Minderbischen (Arbeitskraft) behandelt. Die Schrift legt ferner die Stellung der internationalen Maßnahmen auf die Beschäftigung der ver-schiedenen Völker und gibt einen kurzen Überblick über die deutsche Arbeit auf diesem Gebiet. Aus der wachsenden Be-deutung der Frauenverarbeitungen und der Aufgabe, daß der Frauenstufen, wie er sich international darstellt, über noch sehr wenig bekannt ist, muß man der Schrift die weiteste Verbreitung wünschen.

"Landarbeiter-Kreis". Herausgeber: Deutscher Landarbeiter-Verband. Sachliteratur: Walter Krusch. Verlag: Guteshaus G. m. b. H. Berlin S. 14, 48. Einzelhefte 2 M., Gesamt-preis für ein Jahr (sechs Hefte) 10 M.

"Die Arbeit". Jahrbuch für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftslehre. Herausgeber: Theodor Deiters. Schriftleitung: Volker Gumbert. 1928. Zeit. 3 Bände, Verlag: Guteshaus G. m. b. H. Berlin S. 14. Abonnementpreis: vierteljährlich 3,00 M., für Gewerkschafts-mitglieder 2,85 M.



Ein neues Verwaltungsgebäude der Volksfürsorge

Die Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Ver-sicherungsaktiengesellschaft in Hamburg, sah sich infolge ihres außerordentlichen Wachstums vor die Notwendigkeit ge-stellt, ein neues Geschäftsgebäude zu errichten. Wir bringen oben ein Bild des Hauses, wie es nach Fertigstellung aus-sehen wird. In zwei Bauabschnitten wird gearbeitet. Der erste — auf dem Bilde rechts — steht jetzt vollendet da und hat die Abteilungen der Zentrale provisorisch aufgenommen. Einfachheit und Sachlichkeit werden bei dem Gebäude vor-herzogen, den Zwecken entsprechend, für die es bestimmt ist. Die äußere Form ergab sich auf Grund der Lage des Grund-stückes an der Außenkante in Hamburg aus städtebaulichen Grününden. In einer Front von 83 Meter und einer Tiefe von 18 Meter bei 6 Stockwerken wird es sich erheben.

Fahrgeld sparen

fahren

kleinste Wochen- oder Monatsraten

LINDCAR - FAHRRADWERK

BERLIN - LICHTENRAD

Unternehmen d. Gewerkschaften

28 Groß-Niederlagen .
Auskunft und Bestellungen durch alle
Ortsausschüsse des ADGB.

Unserem lieben Kollegen Josef Green nebst Frau zu ihrer Vermahlung am 14. Juni die herzlichsten Glück-wünsche. Josefka Kästel.

Für die Woche vom 8. Juni bis 14. Juni ist die Beitrags-marke in das 24. Heft des Mitgliedsbuches oder der Mit-gliedskarte zu kleben.

Verantwortlich für Redaktion: E. Schulze, Charlottenburg, Meierfeldstraße 16. Vertriebs: Amt Westend 1928. — Verlag: O. Vögel, Charlottenburg. — Druck: Wundschinnersche Gm.d.H., Berlin SW 61, Dreilindendruck 8.